



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 27. April 2004(13.05)  
(OR. hu)**

**8929/04**

**COPEN 52  
EJN 23  
EUROJUST 29**

**VERMERK**

---

Absender: György Gátos, Referent für Justizfragen, Ständige Vertretung Ungarns bei der EU  
Eingangsdatum: 26. April 2004  
Empfänger: Herr Hans G. Nilsson, Abteilungsleiter, GD H III, Generalsekretariat des Rates  
Betr.: Rahmenbeschluss des Rates über den Europäischen Haftbefehl und die  
Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten  
Mitteilungen Ungarns

---

**Mitteilungen**

Mit dem vom Parlament der Republik Ungarn am 23. Dezember 2003 verabschiedeten CXXX. Gesetz von 2003 über die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Strafsachen (Kapitel I und II bzw. Anhang 1 und 2 dieses Gesetzes) wird die innerstaatliche Verfahrensordnung gemäß den Bestimmungen des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (2002/584/JI) geschaffen. Gemäß Artikel 34 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses ist der Wortlaut der diesbezüglichen ungarischen Rechtsvorschriften beigelegt, deren Bestimmungen ab dem 1. Mai 2004 in Kraft sind.

Die Republik Ungarn hat dem Rat am 26. April 2004 folgende Mitteilungen gemäß dem Rahmenbeschluss vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten und dem CXXX. Gesetz von 2003 über die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Strafsachen übermittelt:

Gemäß Artikel 6 Absatz 3 des Rahmenbeschlusses

Im Hinblick auf die Strafverfolgung ist die ausstellende Justizbehörde das in der Sache zuständige Gericht. In Bezug auf die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßnahme der Sicherung ist der für Fragen des Strafvollzugs zuständige Richter für die Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls zuständig.

Die vollstreckende Justizbehörde ist das Fővárosi Bíróság (Hauptstädtische Gericht), das ausschließliche Zuständigkeit besitzt.

Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses

Die zentrale Behörde der Republik Ungarn ist das Justizministerium, das bei der Weiterleitung und der Entgegennahme der Europäischen Haftbefehle, ferner bei der Bearbeitung sämtlicher sonstiger damit verbundenen amtlichen Korrespondenz mitwirkt.

*Kontaktadresse:*

Igazságügyi Minisztérium (Justizministerium)

Nemzetközi Büntetőjogi Főosztály (Hauptabteilung für internationales Strafrecht)

1363 Budapest, Postafiók 54

Tel.: + 36 1 441 3110, + 36 1 441 3111

Fax: + 36 1 441 3112

E-mail: nemzb@im.hu

Gemäß Artikel 8 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses

Die Republik Ungarn akzeptiert Europäische Haftbefehle in ungarischer Sprache bzw. mit einer Übersetzung in die ungarische Sprache.

In Bezug auf die Mitgliedstaaten, die nicht nur Europäische Haftbefehle akzeptieren, die in ihrer eigenen Amtssprache oder in einer ihrer Amtssprachen ausgestellt bzw. mit einer entsprechenden Übersetzung versehen sind, akzeptiert die Republik Ungarn Europäische Haftbefehle in englischer, französischer sowie deutscher Sprache bzw. auch mit einer Übersetzung in einer dieser Sprachen.

Gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses

Für die Entgegennahme von Durchlieferungsersuchen und die Bearbeitung sämtlicher damit verbundener amtlicher Korrespondenz ist die zentrale Behörde der Republik Ungarn, das Justizministerium, zuständig.

---